REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Gesundheit zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 1. JUNI 2004 ZUR GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND ZUR MEDIZINISCHEN PRÄVENTION

INHALTSANGABE

Durch vorliegenden Dekretvorentwurf soll in das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention eine Liste von Maßnahmen eingefügt werden, auf die die Regierung sich stützen kann, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) zu bekämpfen und zu verhindern.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	5
Vorentwurf	10

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde seit Ausbruch der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, um einerseits die verwaltungstechnischen und die finanziellen Folgen aufzufangen, andererseits aber auch um die Ausbreitung der Infektion zu stoppen.

Zu den erstgenannten Maßnahmen gehörten insbesondere die Krisendekrete vom 6. April, 27. April und vom 20. Juli 2020.

Zu den Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten gehörte das Dekret vom 20. Juli 2020 über die Rückverfolgung von Infektionsketten im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise, mit dem das Kontaktzentrum eingerichtet wurde.

Auch wenn bisher hauptsächlich der Föderalstaat die belgienweiten Einschränkungs- und Lockerungsmaßnahmen getroffen hat (s. die seit dem 13. März 2020 verabschiedeten ministeriellen Erlasse zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen), so sind tatsächlich auch die Gemeinschaften gemäß Artikel 5 § 1 I Absatz 1 Nr. 8 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen für die Früherkennung und die Bekämpfung gegen ansteckende und soziale Krankheiten als Unterteil ihrer Zuständigkeiten im Bereich der Präventivmedizin zuständig. Diese Zuständigkeit erlaubt es den Gemeinschaften, Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten zu treffen.

Aktuell berät das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über ein Programmdekret, mit dem ein Artikel 10.4.1 in das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention eingefügt und durch den die Regierung dazu ermächtigt werden soll, Maßnahmen allgemeiner Art zur Bekämpfung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten zu ergreifen. Hinsichtlich der Gründe für die Annahme dieser Ermächtigung wird auf die entsprechenden Parlamentsdokumente verwiesen (Parl. Dok., 2020-2021, Nr. 106/1, S. 3).

In der Tat machte die fortschreitende Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) deutlich, dass neben individuellen Regelungen und Maßnahmen auch allgemeine Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zur Bewältigung der Auswirkungen auf das Gesundheitswesen notwendig sind.

Der durch das Programmdekret 2020 einzufügende Artikel 10.4.1 ermächtigt die Regierung zur Annahme von notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise, welche jedoch in die Grundfreiheiten der Bürger eingreifen. Sie dienen zum Schutz der Bevölkerung vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus (COVID-19) und erfolgen in Umsetzung der Gewährleistung des Rechts auf Gesundheitsschutz gemäß Artikel 23 Absatz 3 Nummer 2 der Verfassung. Damit das Parlament seiner Rolle als Souverän angesichts der länger andauernden Pandemielage und fortgesetzt erforderlichen Maßnahmen nachkommen kann und um dem Bürger die notwendige Transparenz entgegenzubringen, ist eine dekretale Präzisierung im Hinblick auf Art, Dauer und Intensität möglicher Maßnahmen angezeigt. Der Dekretgeber nimmt vorliegend die Abwägung der zur Bekämpfung einer epidemischen Lage erforderlichen Maßnahmen und den von diesen Maßnahmen betroffenen Freiheiten vor und regelt somit im Wesentlichen den Umfang der der Regierung zugestandenen Befugnisse.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

In Paragraf 1 Absatz 1 dieses Artikels wird ein klar umrissener Maßnahmenkatalog festgelegt, auf den sich die Regierung für die Annahme von Maßnahmen stützen kann. Im einleitenden Teil dieses Artikels wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen einzig und allein zur Bekämpfung einer ansteckenden Krankheit dienen dürfen. Es ist außerdem darauf hinzuweisen, dass diese Maßnahmen unbeschadet der Befugnisse des Arzt-Hygieneinspektors gelten. Das bedeutet, dass der Arzt-Hygieneinspektor einzelnen Personen oder Einrichtungen auch dann zusätzliche Maßnahmen auferlegen kann, wenn diese schon der Anwendung einer aufgrund des vorliegenden Artikels getroffenen Maßnahme unterliegen.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass die die Auswahl, Anordnung und Dauer der Maßnahmen den Maßstäben des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes entsprechend müssen.

Im Einzelnen sehen die Maßnahmen Folgendes vor:

Nummer 1: Insofern nicht durch eine andere Nummer von Absatz 1 des vorliegenden Artikels bestimmt, kann die Regierung den Zugang zu öffentlichen Orten oder von ihr definierten Orten verbieten oder unter Auflagen gestatten. Dies kann insbesondere dann erforderlich sein, wenn aufgrund der epidemischen Lage größere Menschenansammlungen auf begrenztem Raum vermieden oder eingeschränkt werden sollen oder wenn es der Schutz verletzlicher Personen erfordert.

Nummer 2: Nummer 2 sieht Ausgangsbeschränkungen im öffentlichen und Kontaktbeschränkungen im privaten sowie im öffentlichen Raum vor. Als notwendige Schutzmaßnahmen können diese Beschränkungen erforderlich sein, um eine Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) einzudämmen und um die notwendige Nachverfolgung von Infektionsketten wieder zu ermöglichen. Immer dann, wenn Menschen aufeinandertreffen und sich austauschen, ist das Risiko einer Ansteckung besonders groß. Dies gilt im privaten wie auch im öffentlichen Raum. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die exponentiell verlaufende Verbreitung des besonders leicht im Wege der Tröpfcheninfektion und über Aerosole von Mensch zu Mensch übertragbaren Virus nur durch eine strikte Minimierung der physischen Kontakte zwischen den Menschen eingedämmt werden kann. Daher müssen Kontakte, die potentiell zu einer Infektion führen, zeitweise systematisch reduziert werden. Nur so werden eine Unterbrechung der Infektionsketten und ein Einhegen der Situation wieder möglich. Eine zeitlich befristete, erhebliche und zugleich zielgerichtete Einschränkung persönlicher Kontakte ist nach den Erfahrungen aus der ersten Welle der Coronavirus-Pandemie im Frühjahr 2020 geeignet, die bei weiter steigenden Infektionszahlen bestehende konkrete Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems abzuwenden.

Nummer 3: Nummer 3 sieht die Anordnung eines Abstandsgebots im öffentlichen Raum vor. Das Coronavirus (COVID-19) ist grundsätzlich leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Immer dann, wenn viele Menschen aufeinandertreffen, miteinander in Kontakt treten und sich austauschen, ist das Risiko einer Ansteckung besonders groß. Dies gilt nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Raum. Die Anordnung eines Abstandsgebot auch im öffentlichen Raum dient der Eindämmung der Pandemie und kann für die Durchbrechung von Infektionsketten erforderlich sein. So spielen für das Infektionsrisiko Kontakte in Risikosituationen (wie z.B. langer face-to-face Kontakt) eine besondere Rolle. Dies gilt neben Situationen im privaten Umfeld mit Familienangehörigen und Freunden außerhalb des eigenen Haushalts und im beruflichen Umfeld auch im öffentlichen Raum. Insbesondere steigt die Aerosolausscheidung bei lautem Sprechen, Singen oder Lachen stark an. In Innenräumen

steigt hierdurch das Risiko einer Übertragung deutlich, auch über einen größeren Abstand als 1,5 m. Wenn der Mindestabstand von 1,5 m ohne Mund-Nasen-Bedeckung unterschritten wird, z. B. bei größeren Menschenansammlungen, besteht auch im Freien ein erhöhtes Übertragungsrisiko. Bei einer Ausbreitung der Pandemie kann es daher erforderlich sein, Abstandsgebote konsequent auch in öffentlichen Innenräumen wie auch im Freien einzuhalten und Menschenansammlungen – besonders in Innenräumen – zu vermeiden.

Nummer 4: Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (Maskenpflicht) nach Nummer 4 ist ein zentraler Baustein zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19). Sie stellt eine notwendige und einfache Schutzmaßnahme dar. Wissenschaftlichen Studien belegen den signifikanten Nutzen zur Verringerung der Infektionszahlen (vgl. etwa https://www.info-coronavirus.be/de/mundschutz/1; siehe auch https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/question-and-answers-hub/q-a-detail/q-a-on-covid-19-and-masks). Der mit der Maskenpflicht verbundene grundsätzlich sehr geringe Eingriff in die Handlungsfreiheit der Betroffenen ist angesichts des überragend wichtigen Ziels des Infektionsschutzes bei steigenden Infektionszahlen hinzunehmen.

Nummern 5 und 6: Die Untersagung und Beschränkung des Betriebs von Einrichtungen, die der Freizeitgestaltung nach Nummer 5 dienen, sowie die Untersagung von Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen (Nummer 6), tragen ebenfalls zu einer Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) und der derzeit notwendigen Kontaktreduzierung bei. Andernfalls kann das Infektionsgeschehen drohen, außer Kontrolle zu geraten. Auch hier kommt es zu Situationen, in denen Menschen aufeinandertreffen, in Kontakt treten und sich austauschen, so dass das Risiko einer Ansteckung besonders groß sein kann. Alternativ kann auch ein Weiterbetrieb mit geeigneten Auflagen in Betracht kommen.

Nummer 7: Die Untersagung oder Beschränkung von sportlichen Tätigkeiten und dient der derzeit notwendigen Kontaktreduzierung, da andernfalls das Infektionsgeschehen droht, außer Kontrolle zu geraten. Gerade bei Sportveranstaltungen mit Zuschaueraufkommen und bei Mannschaftssport kann sich ein nicht erhebliches Infektions-risiko entwickeln, sodass die Beschränkung oder auch die Untersagung solcher Veranstaltungen ein notwendiges Mittel zur Kontaktreduzierung darstellen können.

Nummer 8: Personengemeinschaften im Sinne von Artikel 10.7 Nummer 5 (bspw. Wohn- und Pflegezentren und Einrichtungen der Kinderbetreuung) sind wegen des dortigen Zusammentreffens vieler Personen in engen räumlichen Verhältnissen risikogeneigt. Insbesondere der Umstand, dass in diesen Gemeinschaften häufig ältere Menschen, Säuglinge, Kinder und Jugendliche teilweise täglich miteinander und mit dem betreuenden Personal in engen Kontakt kommen, kann Infektionsgefährdungen begründen, da diese engen Kontakte die Übertragung des Coronavirus begünstigen. Die Beschränkung oder auch die Untersagung des Betriebs von Personengemeinschaften trägt dazu bei, verletzliche Personen zu schützen und das Infektionsrisiko erheblich zu reduzieren und dient damit zugleich der Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus.

Nummer 9: Diese Maßnahme betrifft die Erstellung von Hygienekonzepten für Betriebe, Einrichtungen oder Angebote mit Publikumsverkehr. Derartige Hygienekonzepte müssen geeignet sein, das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Hierbei ist maßgeblich das konkrete Infektionsumfeld und Risiko zu betrachten. Ein wichtiger Baustein für ein angemessenes Hygienekonzept ist die AHA-Formel: Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmaske tragen (https://www.info-coronavirus.be/de/mundschutz/1). Einen ebenso wesentlichen Beitrag zum Schutz gegen das über Aerosole übertragene Virus bietet ein regelmäßiges und konsequentes Lüften von Innenräumen. Schmierinfektionen können durch angemessene Desinfektionsmaßnahmen verhindert werden.

Nummer 10: In Einrichtungen, in denen Personen stationär aufgenommen sind, wie beispielsweise in Wohn- und Pflegezentren für Senioren, in Seniorenresidenzen, im betreuten Wohnen, in begleiteten Wohngemeinschaften oder in einrichtungsgebundenen Wohnformen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, können sich Ausbrüche einer Coronavirus (COVID-19) Infektion besonders gravierend auswirken. Ältere Menschen etwa bilden eine besondere Risikogruppe für eine Ansteckung mit dem Coronavirus (COVID-19), sodass auf Ebene der Einrichtung besondere Maßnahmen getroffen werden können müssen, um diese Personen angemessen zu schützen. Die räumliche Trennung der gesunden Bewohner von infizierten Bewohnern durch die Schaffung einer Isolierstation für am Coronavirus (COVID-19) erkrankte Personen scheint dabei als am ehesten geeignet, um eine weitere Ausbreitung einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) zu verhindern.

Nummer 11: Als notwendige Schutzmaßnahmen kommt auch eine Beschränkung von touristischen Unterkünften in Betracht. Hintergrund ist auch hier die Notwendigkeit einer Reduzierung von physischen Kontakten. So zeigen die bisherigen Erfahrungen in Belgien und anderen europäischen Staaten, dass die exponentiell verlaufende Verbreitung des besonders leicht im Wege der Tröpfcheninfektion und über Aerosole von Mensch zu Mensch übertragbaren Virus nur durch eine strikte Minimierung der physischen Kontakte zwischen den Menschen eingedämmt werden kann. Eine Beschränkung der Aktivität von touristischen Unterkünften ist zudem geeignet zur Reduzierung der Mobilität innerhalb der Region und damit zur Sicherstellung der Verfolgbarkeit von Infektionsketten sowie allgemein zur Minimierung der Sozialkontakte und damit zu einer Verlangsamung der Ausbreitung des Virus beizutragen. Die damit verbundenen Belastungen für Reisende und für Anbieter von touristischen Unterkünften müssen durch eine zeitliche Befristung reduziert werden. Notwendige Übernachtungen, insbesondere für berufliche und geschäftliche Zwecke, können ausgenommen sein.

Nummer 12: In Betrieben (bspw. Restaurants, Gewerbe, Einzel- und Großhandel) sind die Möglichkeiten von Kontakten, die zu einer Infektion führen können, vielfältig und liegen in der Natur eines arbeitsteiligen Vorgehens. Für eine Kontaktreduzierung oder ggf. eine Kontaktvermeidung kommen nicht nur die in einem Betrieb arbeitenden Personen in Betracht. Sofern die Erwerbstätigkeit auch Kunden- oder Besucherverkehr beinhalten, sind gerade die Kontakte von besonderer Relevanz, da es sich hier häufig um Wechselkontakte handeln dürfte, die eine Weiterverbreitung des Virus an weitere Personengruppen besonders begünstigen und die Kontaktnachverfolgung erschweren. Daher sind gerade Maßnahmen im Kontext von Kunden- und Besucherverkehr angezeigt. Je nach Art der bei Arbeitsprozessen in Betrieben zu erwartenden Kontakten sind angemessene Schutz- und Hygienekonzepte vorzusehen. Hierzu gehört insbesondere, mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass Mindestabstände zwischen Mitarbeitenden, Kunden oder Besuchern eingehalten werden können. Ein geeignetes Mittel zur Kontaktreduzierung ist z. B. eine Beschränkung der Zahl von gleichzeitig in einem Ladengeschäft anwesenden Kunden bezogen auf die Verkaufsfläche. Dienstleistungen sind ggf. zu verbieten, wenn es typischerweise zu einem engen körperlichen Kontakt während einer nicht unerheblichen Zeitspanne zwischen dem Dienstleistenden und dem Kunden bzw. der Kundin kommt. Das gilt beispielsweise für Kosmetikstudios, Massagepraxen, Tattoo- oder Piercing-Studios und ähnliche Betriebe. Gerade bei körpernahen Dienstleistungen besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko, das minimiert werden sollte. Soweit jedoch andere Grundfreiheiten, wie der Gesundheitsschutz z. B. bei Kinesiotherapien bei der Dienstleistung im Vordergrund stehen, sind strenge Schutz- und Hygienekonzepte vorzugswürdig. Besonders wichtig sind Kontakte über eine nicht unerhebliche Zeitspanne zwischen dem Dienstleistenden und dem Kunden bzw. der Kundin. Flüchtige Berührungen – wie sie etwa beim Bezahlvorgang vorkommen können – stellen dagegen ein

wesentlich geringeres Risiko dar, die nur in Ausnahmefällen eine Untersagung rechtfertigen dürften, aber auch Schutz- und Hygienevorsorge erforderlich machen können.

Nummer 13: Die Beschränkung von Personenansammlungen ist im Hinblick auf das Ziel der Kontaktreduzierung zwingend erforderlich.

Nummer 14: Die Beschränkung von religiösen Zusammenkünften führen zu einem Eingriff in die Ausübung der Freiheit der Kulte. Folglich ist eine Beschränkung dieser Freiheit mit der Zielsetzung des Gesundheitsschutzes abzuwägen. Eine zeitweise Beschränkung der Ausübung der Religionsfreiheit ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Infektionslage in Abwägung mit dem Ziel einer Reduzierung von Infektionszahlen in einer volatilen zulässig, um den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit angemessen gewährleisten zu können. Angemessene Schutz- und Hygienekonzepte haben Vorrang vor Untersagungen, sofern deren Einhaltung erwartet werden kann. Sofern jedoch Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung vorliegen, kommen Verbote in Betracht.

Nummer 15: Die Untersagung der Abgabe oder des Konsums von alkoholischen Getränken auf bestimmten öffentlichen Plätzen oder zu bestimmten Zeiten kann erheblich dazu beitragen, Infektionsrisiken zu verringern, da durch die damit verbundene Kontaktbeschränkung das Übertragungsrisiko gesenkt wird. Zudem wird verhindert, dass sich wechselnde Gäste oder Gästegruppen an den Verkaufsstellen einfinden und gruppieren. Die erhöhte Attraktivität des öffentlichen Raums bei geschlossenen gastronomischen Einrichtungen ist ferner einzukalkulieren. Hierdurch werden bestimmte öffentliche Plätze besonders attraktiv, um Partys o. ä. zu feiern. Des Weiteren dient ein Alkoholausgabeverbot dazu, spontanen gemeinschaftlichen (weiteren) Alkoholkonsum zu reduzieren, da eine zunehmende Alkoholisierung der Einhaltung der hier gesetzlich im Zentrum stehenden Kontaktminimierung entgegensteht. Das gilt insbesondere zur Nachtzeit.

Absatz 2 sieht vor, dass die Regierung nicht dazu ermächtigt wird, die Bürger auf allgemeine Weise dazu zu verpflichten, sich gegen das Coronavirus (COVID-19) behandeln zu lassen.

Absatz 3 enthält die Ermächtigung an die Regierung, aus diesem Maßnahmenkatalog die der epidemischen Lage entsprechenden Maßnahmen festzulegen. Hierbei können Maßnahmen einzeln oder kumulativ angeordnet werden.

Da es sich um weitreichende Maßnahmen handelt, sieht Nummer 1 vor, dass diese in ihrer Dauer beschränkt sein müssen. Wenn es die epidemische Lage erfordert, kann die Dauer auch durch einen weiteren Erlass verlängert werden.

Da der Regierung durch den vorliegenden Artikel der notwendige Handlungsspielraum zugestanden werden soll, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) effizient zu bekämpfen, darf die parlamentarische Kontrolle nicht zu kurz kommen: So wird in Nummer 2 vorgesehen, dass das Präsidium über solche weitergehende Maßnahmen umgehend informiert wird.

Paragraf 2 enthält eine Kontrollbestimmung. So steht der Arzt-Hygieneinspektor beziehungsweise der Bürgermeister für die Einhaltung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen ein. Sie werden hierfür mit denselben Befugnissen ausgestattet, auf die sie bei der Ausübung ihrer eigenen Zuständigkeiten im Rahmen des Dekrets vom 1. Juni 2004 zurückgreifen können.

Artikel 2

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekrets am Tage seiner Verabschiedung vor.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention

Artikel 1 – In das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, zuletzt abgeändert durch das Dekret 20. Juli 2020, wird folgender Artikel 10.4.1 eingefügt:

„*Art. 10.4.1* – §1 – Unbeschadet der Maßnahmen, die der Arzt-Hygieneinspektor aufgrund von Artikel 10.3 auferlegen kann, und der in Artikel 10.4 erwähnten Befugnisse des Arzt-Hygieneinspektors kann die Regierung die notwendigen Initiativen und Maßnahmen allgemeiner Art zur Bekämpfung und Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) ergreifen. Sie kann insbesondere:

1. den Zugang zu den von ihr festgelegten Orten oder öffentlichen Orten verbieten oder nur unter den von ihr festgelegten Bedingungen gestatten;
2. Ausgangsbeschränkungen im öffentlichen Raum oder Kontaktbeschränkungen im privaten sowie im öffentlichen Raum auferlegen;
3. ein Abstandsgebot im öffentlichen Raum auferlegen;
4. das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auferlegen;
5. den Betrieb von Kultur-, Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen einschränken oder untersagen;
6. Veranstaltungen im Freizeit- und Kulturbereich einschränken oder untersagen;
7. die Ausübung sportlicher Tätigkeiten sowohl in öffentlichen als auch in privaten Sportinfrastrukturen einschränken oder verbieten;
8. Personengemeinschaften im Sinne von Artikel 10.7 Nummer 5 schließen oder ihnen Auflagen für die Fortführung ihres Betriebs auferlegen;
9. Betriebe, Einrichtungen oder Angebote mit Publikumsverkehr zur Erstellung und Anwendung von Hygienekonzepten verpflichten;
10. stationären Angeboten und Einrichtungen die Schaffung und Nutzung von Isolierstationen auferlegen;
11. den Betrieb von touristischen Unterkünften einschränken oder untersagen;
12. die Tätigkeit einzelner oder von der Regierung definierten Betrieben und Einrichtungen unter Auflagen erlauben, einschränken oder untersagen;
13. Auflagen für das Abhalten von Veranstaltungen auferlegen oder diese verbieten;
14. religiöse Zusammenkünfte einschränken oder untersagen;
15. den Verkauf von Alkohol oder den Alkoholkonsum auf bestimmten öffentlichen Plätzen oder zu bestimmten Zeiten untersagen.

In Abweichung von Absatz 1 umfassen die dort aufgeführten Maßnahmen nicht die Auferlegung einer verpflichteten medizinischen Behandlung.

Die Regierung legt die für die Ausführung der in Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen nötigen Bedingungen und Modalitäten fest. Die aufgrund von Absatz 1 gefassten Erlasse:

1. sind auf die für die Bekämpfung und Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) notwendige Dauer beschränkt;
2. werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt.

§2 – Der Arzt-Hygieneinspektor oder, auf seinen Antrag hin, der zuständige Bürgermeister sind damit beauftragt, die Einhaltung der aufgrund von §1 ergriffenen Initiativen und Maßnahmen zu überprüfen und verfügen zu diesem Zweck über die in Artikel 10.4 §1 aufgeführten Befugnisse."

Art. 2 – Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios Antoniadis
Digital unterschrieben von Antonios Antoniadis
Datum: 2020.11.20 11:17:09 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezondheid is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET TOT WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 1 JUNI 2004 BETREFFENDE DE GEZONDHEIDSPROMOTIE EN INZAKE MEDISCHE PREVENTIE

INHOUD

Dit voorontwerp van decreet heeft tot doel het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie aan te vullen met een lijst van maatregelen waarop de Regering kan steunen om de uitbreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan en te verhinderen.

INHOUDSOPGAVE

Pagina

Memorie van toelichting 4

Algemene toelichting 4

Bespreking van de artikelen 5

Voorontwerp..... 10

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Sinds de uitbraak van het coronavirus (COVID-19) werden in de Duitstalige Gemeenschap vele maatregelen genomen om enerzijds de administratieve en financiële gevolgen aan te pakken en anderzijds de verspreiding van de infectie een halt toe te roepen.

Tot de voormelde maatregelen behoorden met name de crisisdecreten van 6 april, 27 april en 20 juli 2020.

Een van de maatregelen om de infectieketens te onderbreken was het decreet van 20 juli 2020 betreffende het contactonderzoek in het kader van de bestrijding van de gezondheidscrisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan; bij dat decreet werd het contactcentrum werd opgericht.

Hoewel het vooral de Federale Staat is die tot nu toe in heel België de beperkende en versoepelende maatregelen heeft genomen (zie de sinds 13 maart 2020 aangenomen ministeriële besluiten tot vaststelling van dringende maatregelen), zijn in de praktijk ook de gemeenschappen bevoegd voor de vroegtijdige opsporing en bestrijding van besmettelijke en sociale ziekten in het kader van hun bevoegdheden op het gebied van de preventieve gezondheidszorg, overeenkomstig artikel 5, § 1, I, eerste lid, 8°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen. Die bevoegdheid biedt de gemeenschappen de mogelijkheid om maatregelen te nemen om besmettelijke ziekten te voorkomen en te bestrijden.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap bespreekt momenteel een programmadecreet dat een artikel 10.4.1 invoegt in het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie en dat de Regering in staat moet stellen om maatregelen van algemene aard te nemen om de verspreiding van besmettelijke ziekten tegen te gaan. Wat de redenen voor de goedkeuring van deze machtiging betreft, wordt verwezen naar de desbetreffende parlementaire stukken (Parl. St., 2020-2021, nr. 106/1, blz. 3).

De geleidelijke verspreiding van het coronavirus (COVID-19) heeft namelijk duidelijk gemaakt dat naast individuele regelingen en maatregelen, ook algemene maatregelen nodig zijn om de volksgezondheid te beschermen en de gevolgen voor de gezondheidszorg op te vangen.

Artikel 10.4.1, dat via het programmadecreet 2020 zal worden ingevoegd, machtigt de Regering om maatregelen te nemen die noodzakelijk zijn om de door het coronavirus (COVID-19) ontstane gezondheidscrisis aan te pakken, maar die de fundamentele vrijheden van de burgers in het gedrang brengen. Die maatregelen zijn bedoeld om de bevolking te beschermen tegen nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) en worden uitgevoerd om het recht op gezondheidsbescherming overeenkomstig artikel 23, derde lid, 2°, van de Grondwet te waarborgen. Om het Parlement in staat te stellen zijn rol als soevereine instelling te vervullen in het licht van een langdurige pandemie en de nodige maatregelen te blijven nemen, en om de burger de nodige transparantie te bieden, moeten de aard, de duur en de intensiteit van de mogelijke maatregelen bij decreet worden gepreciseerd. De decreetgever maakt een afweging tussen de maatregelen die nodig zijn om een epidemie te bestrijden en de vrijheden die door deze maatregelen worden aangetast, en regelt dus in wezen de reikwijdte van de bevoegdheden die aan de Regering worden toegekend.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

In paragraaf 1, eerste lid, van dit artikel wordt een duidelijk afgebakende lijst van maatregelen vastgelegd waarop de Regering zich bij het nemen van maatregelen kan baseren. In het inleidende deel van dit artikel wordt uitdrukkelijk vermeld dat deze maatregelen alleen mogen worden gebruikt om een besmettelijke ziekte te bestrijden. Bovendien mogen deze maatregelen geen afbreuk doen aan de bevoegdheden van de arts-gezondheidsinspecteur. Dit betekent dat de arts-gezondheidsinspecteur aanvullende maatregelen kan opleggen aan individuele personen of instellingen, zelfs als zij al onderworpen zijn aan de toepassing van een maatregel die op grond van dit artikel is genomen.

Voorts moet erop gewezen worden dat de selectie, de volgorde en de duur van de maatregelen in overeenstemming moeten zijn met het evenredigheidsbeginsel.

In bijzonderheid voorzien de maatregelen in het volgende:

Bepaling onder 1°: Voor zover niet door een ander punt van het eerste lid van dit artikel bepaald, kan de Regering de toegang tot openbare plaatsen of door haar omschreven plaatsen verbieden of onder bepaalde voorwaarden toestaan. Dit kan met name nodig zijn wanneer de epidemiologische situatie vereist dat grote bijeenkomsten van mensen in een beperkte ruimte worden vermeden of beperkt of wanneer de bescherming van kwetsbare personen dit vereist.

Bepaling onder 2°: De bepaling onder 2° voorziet in uitstapbeperkingen in de openbare ruimte en in contactbeperkingen in de privésfeer en in de openbare ruimte. Als noodzakelijke beschermende maatregelen kunnen deze beperkingen nodig zijn om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dammen en de noodzakelijke tracering van infectieketens weer mogelijk te maken. Het risico op besmetting is bijzonder groot wanneer mensen elkaar ontmoeten en met elkaar praten. Dit geldt zowel in de privésfeer als in de openbare ruimte. De ervaring heeft ons tot nu toe geleerd dat de exponentiële verspreiding van het virus, dat bijzonder gemakkelijk van persoon tot persoon kan worden overgedragen door middel van druppelinfectie en via aerosolen, alleen kan worden ingedamd door het fysieke contact tussen mensen tot een minimum te beperken. Daarom moeten contacten die tot een infectie kunnen leiden, tijdelijk systematisch worden verminderd. Dit is de enige manier om de infectieketens te onderbreken en de situatie weer in te dammen. De ervaringen uit de eerste golf van de coronapandemie in het voorjaar van 2020 leren ons dat een tijdelijke, aanzienlijke en tegelijkertijd doelgerichte vermindering van het aantal persoonlijke contacten geschikt is om het concrete gevaar van overbelasting van de gezondheidszorg - een gevaar dat opduikt als het aantal infecties blijft stijgen - af te wenden.

Bepaling onder 3°: De bepaling onder 3° voorziet in het opleggen van een afstandsverplichting op openbare plaatsen. Het coronavirus (COVID-19) is in principe gemakkelijk overdraagbaar van persoon tot persoon. Het risico op besmetting is bijzonder groot wanneer veel mensen elkaar ontmoeten, met elkaar in contact komen en met elkaar praten. Dit geldt niet alleen in de privésfeer, maar ook in de openbare ruimte. Het opleggen van een afstandsregel - ook in openbare ruimten - dient om de pandemie in te dammen en kan nodig zijn om infectieketens te doorbreken. Zo spelen contacten in risicosituaties (zoals lang face-to-face contact) een bijzondere rol in het infectierisico. Dit geldt niet alleen voor situaties in de privésfeer met familieleden en vrienden buitenshuis en op het werk, maar ook op openbare plaatsen. Met name de uitscheiding van aerosolen neemt sterk toe als er luid wordt gesproken, gezongen of gelachen. In binnenruimten verhoogt dit het risico op overdracht aanzienlijk, zelfs over een afstand van meer dan 1,5 m. Als de minimale afstand van 1,5 m wordt onderschreden zonder de mond en neus te bedekken, bijvoorbeeld bij grote bijeenkomsten van mensen, is er ook buiten een verhoogd risico op overdracht. Als de pandemie zich uitbreidt, kan het daarom nodig zijn om de regels inzake afstand in openbare binnen- en buitenruimten in acht te nemen en grote bijeenkomsten van mensen, vooral binnenshuis, te vermijden.

Bepaling onder 4°: De verplichting tot het dragen van een mond-neusbedekking (maskerplicht) zoals bepaald in 4° is een centraal element in het beteugelen van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19). Het is een noodzakelijke en eenvoudige beschermingsmaatregel. Wetenschappelijke studies bewijzen het significante nut om het aantal infecties te verminderen (zie bijvoorbeeld https://www.info-coronavirus.be/de/mundschutz/l; zie ook https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/question-and-answers-hub/q-a-detail/q-a-on-covid-19-and-masks). De over het algemeen zeer geringe inbreuk op de vrijheid van handelen die met de maskerplicht gepaard gaat, moet worden geaccepteerd met het oog op dit uiterst belangrijke doel: bescherming tegen infecties in geval van een toenemend aantal infecties.

Bepalingen onder 5° en 6°: Het verbod en de beperking van de exploitatie van faciliteiten voor vrijetijdsactiviteiten overeenkomstig 5°, alsmede het verbod op recreatieve evenementen (bepaling onder 6°), dragen ook bij tot de bestrijding van het coronavirus (COVID-19) en de momenteel noodzakelijke vermindering van het aantal contacten. Anders kan het aantal infecties uit de hand dreigen te lopen. Ook hier ontstaan situaties waarbij mensen elkaar ontmoeten, met elkaar in contact komen en met elkaar praten, zodat het risico op besmetting bijzonder groot kan zijn. Als alternatief kan worden overwogen om de exploitatie voort te zetten, mits passende voorwaarden worden vervuld.

Bepaling onder 7°: Het verbod of de beperking van sportactiviteiten dient de momenteel noodzakelijke vermindering van het aantal contacten, omdat anders het aantal infecties uit de hand dreigt te lopen. Vooral bij sportevenementen met toeschouwers en bij teamsporten kan een aanzienlijk infectierisico ontstaan, zodat het beperken of verbieden van dergelijke evenementen een noodzakelijk middel kan zijn om het aantal contacten te verminderen.

Bepaling onder 8°: collectiviteiten in de zin van artikel 10.7, 5°, (zoals woonzorgcentra en kinderopvang) lopen risico's, omdat daar veel personen dicht op elkaar zitten. Vooral het feit dat ouderen, zuigelingen, kinderen en adolescenten in die collectiviteiten vaak en soms zelfs dagelijks in nauw contact komen met elkaar en met het verzorgend personeel, kan een risico op infectie opleveren, omdat deze nauwe contacten de overdracht van het coronavirus bevorderen. Het beperken of zelfs verbieden van de werking van collectiviteiten draagt bij aan de bescherming van kwetsbare personen en vermindert het risico op besmetting aanzienlijk, en dient dus tegelijk om de verspreiding van het coronavirus in te dammen.

Bepaling onder 9°: Deze maatregel heeft betrekking op het opstellen van hygiëneconcepten voor bedrijven, instellingen of voorzieningen die voor het publiek toegankelijk zijn. Dergelijke hygiëneconcepten moeten geschikt zijn om het risico op infectie te verminderen. De specifieke besmettingsomgeving en het risico moeten daarbij een toonaangevende rol spelen. Een belangrijke bouwsteen voor een passend hygiëneconcept is de AHA-formule: Houd afstand, let op de hygiëne, draag een mondmasker (https://www.info-coronavirus.be/de/mundschutz/l). Binnenruimten regelmatig en consequent luchten is een net zo belangrijk middel om zich te beschermen tegen het via aerosolen overgedragen virus. Vlekinfecties kunnen worden voorkomen door passende desinfectiemaatregelen.

Bepaling onder 10°: In instellingen waar personen residentieel verblijven, zoals woonzorgcentra voor ouderen, seniorenresidenties, serviceflats, begeleide woongemeenschappen of instellingsgebonden woonvormen uit het bevoegdheidsgebied van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, kunnen uitbraken van besmetting met het coronavirus (COVID-19) bijzonder ernstige gevolgen hebben. Ouderen vormen bijvoorbeeld een speciale risicogroep voor een besmetting met het coronavirus (COVID-19), zodat op instellingsniveau speciale maatregelen moeten worden genomen om deze mensen adequaat te beschermen. De ruimtelijke scheiding van gezonde bewoners van besmette bewoners door het creëren van een isolatieafdeling voor personen die besmet zijn met het coronavirus (COVID-19) lijkt de meest geschikte manier om de verdere verspreiding van een besmetting met het coronavirus (COVID-19) te voorkomen.

Bepaling onder 11°: Het beperken van toeristische verblijven is ook een mogelijke noodzakelijke beschermingsmaatregel. De achterliggende gedachte is ook hier dat fysieke contacten zo veel mogelijk moeten worden beperkt. Zo heeft de ervaring in België en in andere Europese landen tot dusver aangetoond dat de exponentiële verspreiding van het virus, dat bijzonder gemakkelijk van persoon tot persoon kan worden overgedragen door middel van druppelinfectie en via aerosolen, alleen kan worden ingeperkt door het fysieke contact tussen mensen tot een strikt minimum te beperken. De beperking van de activiteit van de toeristische verblijven is ook geschikt om de mobiliteit binnen de regio te verminderen en zo de traceerbaarheid van infectieketens te garanderen en, in het algemeen, om de sociale contacten tot een minimum te beperken en zo bij te dragen tot een vertraging van de verspreiding van het virus. De daarmee gepaard gaande lasten voor de reizigers en voor de aanbieders van toeristische accommodatie moeten worden verminderd door de tijdelijke aard van de maatregel. Noodzakelijke overnachtingen, vooral voor professionele en zakelijke doeleinden, kunnen van de maatregel worden vrijgesteld.

Bepaling onder 12°: In bedrijven (bijv. restaurants, nijverheid, detailhandel en groothandel) zijn de mogelijkheden van contacten die tot besmetting kunnen leiden, talrijk en eigen aan de werkverdeling. Niet alleen de personen die in een bedrijf werken, komen in aanmerking voor een contactvermindering of -vermijding. Als het beroep gepaard gaat met klantenverkeer of bezoekersverkeer, zijn de contacten bijzonder relevant, aangezien het hier waarschijnlijk vaak om wisselcontacten gaat, wat bijzonder bevorderlijk is voor de verdere verspreiding van het virus naar andere groepen van personen en wat het ook moeilijker maakt om contacten op te sporen. Daarom zijn maatregelen in het kader van klanten- en bezoekersverkeer bijzonder raadzaam. Afhankelijk van het soort contacten dat men kan verwachten tijdens de werkprocessen in de bedrijven, moet worden gezorgd voor passende beschermings- en hygiëneconcepten. Dit houdt met name in dat er passende maatregelen moeten worden genomen om ervoor te zorgen dat de minimumafstand tussen medewerkers, klanten of bezoekers kan worden nageleefd. Een geschikt middel om het contact te verminderen is bijvoorbeeld het beperken van het aantal klanten dat tegelijkertijd in een winkel aanwezig is, in verhouding tot de verkoopruimte. Eventueel moeten diensten verboden worden, als er gewoonlijk gedurende een niet onaanzienlijke periode nauw fysiek contact is tussen de dienstverlener en de klant. Dit geldt bijvoorbeeld voor schoonheidssalons, massagepraktijken, tatoeage- of piercingstudio's en soortgelijke bedrijven. Vooral in het geval van diensten dicht bij het lichaam is er een verhoogd risico op infectie dat zo klein mogelijk moet worden gehouden. Als echter andere fundamentele vrijheden, zoals de bescherming van de gezondheid, op de voorgrond staan, bijvoorbeeld bij kinesitherapieën, dan verdienen strikte beschermings- en hygiëneconcepten de voorkeur. Bijzonder belangrijk zijn contacten over een niet onaanzienlijke periode tussen de dienstverlener en de klant. Vluchtig contact - zoals dat tijdens het betalingsproces kan plaatsvinden - houdt daarentegen een aanzienlijk lager risico in, wat alleen in uitzonderlijke gevallen een verbod kan rechtvaardigen, maar ook bescherming en hygiënische voorzorgsmaatregelen noodzakelijk kan maken.

Bepaling onder 13°: De beperking van grote bijeenkomsten van mensen is absoluut noodzakelijk met het oog op de doelstelling om het aantal contacten te verminderen.

Bepaling onder 14°: De beperking van religieuze bijeenkomsten leidt tot een inbreuk op de uitoefening van de vrijheid van eredienst. Daarom moet een beperking van deze vrijheid worden afgewogen tegen de doelstelling van de bescherming van de volksgezondheid. Een tijdelijke beperking van de uitoefening van de vrijheid van godsdienst is toegestaan, rekening houdend met de huidige infectiesituatie, in afweging met de doelstelling om het aantal infecties in een onstabiele omgeving te verminderen, teneinde de bescherming van het leven en de fysieke integriteit op adequate wijze te waarborgen. Adequate beschermings- en hygiëneconcepten hebben voorrang op verboden, op voorwaarde dat de naleving ervan kan worden verwacht. Indien er echter aanwijzingen zijn voor niet-naleving, kunnen verbodsbepalingen in overweging worden genomen.

Bepaling onder 15°: Het verbieden van het geven of drinken van alcoholische dranken op bepaalde openbare plaatsen of op bepaalde tijdstippen kan aanzienlijk bijdragen tot de vermindering van het besmettingsrisico, aangezien de daarmee gepaard gaande beperking van het contact het risico op overdracht vermindert. Bovendien wordt voorkomen dat wisselende gasten of groepen van gasten op de verkooppunten aankomen en zich samen groeperen. Er moet ook rekening worden gehouden met de toegenomen aantrekkelijkheid van openbare ruimten als gastronomische voorzieningen gesloten zijn. Dit maakt bepaalde openbare plaatsen bijzonder aantrekkelijk voor het vieren van feesten en dergelijke. Bovendien dient een verbod op de distributie van alcohol om spontaan collectief (verder) alcoholgebruik te verminderen, aangezien een toenemend alcoholgehalte een obstakel vormt voor de naleving van de contactminimalisering die hier wettelijk centraal staat. Dit geldt vooral 's nachts.

Het tweede lid bepaalt dat de Regering niet bevoegd is om burgers in het algemeen te verplichten zich te laten behandelen tegen het coronavirus (COVID-19).

Het derde lid machtigt de Regering om, op basis van deze lijst van maatregelen, de met de epidemiologische situatie overeenstemmende maatregelen vast te leggen. Maatregelen kunnen individueel of cumulatief worden opgelegd.

Aangezien de maatregelen verstrekkend zijn, staat in de bepaling onder 1° dat ze beperkt moeten worden in de tijd. Indien de epidemiologische situatie dit vereist, kan de duur ook bij een nieuw besluit worden verlengd.

Aangezien dit artikel bedoeld is om de Regering de nodige speelruimte te geven om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) efficiënt te bestrijden, mag de parlementaire controle niet worden verwaarloosd: Zo wordt in 2° bepaald dat het Bureau onmiddellijk op de hoogte wordt gesteld van dergelijke verdergaande maatregelen.

Paragraaf 2 bevat een bepaling over de controle. Zo is de arts-gezondheidsinspecteur of, naargelang van het geval, de burgemeester verantwoordelijk voor de naleving van de door de Regering besliste maatregelen. Daartoe beschikken zij over dezelfde bevoegdheden als die waarop zij krachtens het decreet van 1 juni 2004 recht hebben bij de uitoefening van hun eigen bevoegdheden.

Artikel 2

Luidens dit artikel treedt het decreet in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie

Artikel 1 – In het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juli 2020, wordt een artikel 10.4.1 ingevoegd, luidende:

"*Art. 10.4.1* – § 1 – Onverminderd de maatregelen die de arts-gezondheidsinspecteur op grond van artikel 10.3 kan opleggen en onverminderd de bevoegdheden van de arts-gezondheidsinspecteur vermeld in artikel 10.4, kan de Regering de nodige initiatieven en maatregelen van algemene aard nemen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te bestrijden en te voorkomen. Ze kan in het bijzonder:

1° de toegang tot de door haar bepaalde plaatsen of openbare plaatsen verbieden of alleen onder de door haar vastgestelde voorwaarden toestaan;

2° uitstapbeperkingen in de openbare ruimte of contactbeperkingen in de privésfeer en in de openbare ruimte opleggen;

3° een vereiste afstand in de openbare ruimte opleggen;

4° het dragen van een mond-neusbedekking opleggen;

5° de exploitatie van culturele, vrijetijds- en amusementsvoorzieningen beperken of verbieden;

6° evenementen in de vrijetijdssector en in de culturele sector beperken of verbieden;

7° de uitoefening van sportactiviteiten zowel in openbare als in particuliere sportinfrastructuur beperken of verbieden;

8° collectiviteiten in de zin van artikel 10.7, 5°, sluiten of hun voorwaarden voor de voortzetting van hun activiteiten opleggen;

9° bedrijven, instellingen of voorzieningen die openstaan voor het publiek verplichten om hygiëneconcepten op te stellen en toe te passen;

10° de oprichting en het gebruik van isolatieafdelingen opleggen aan residentiële voorzieningen en instellingen;

11° de exploitatie van toeristische verblijven beperken of verbieden;

12° de activiteiten van individuele of door de Regering bepaalde bedrijven en instellingen onder bepaalde voorwaarden toestaan, beperken of verbieden;

13° voorwaarden voor het organiseren van evenementen opleggen of evenementen verbieden;

14° religieuze bijeenkomsten beperken of verbieden;

15° de verkoop van alcohol of het gebruik van alcohol op bepaalde openbare plaatsen of op bepaalde tijdstippen verbieden.

In afwijking van het eerste lid omvatten de daarin vermelde maatregelen niet het opleggen van een verplichte medische behandeling.

De Regering bepaalt de voorwaarden en nadere regels die nodig zijn om de maatregelen vermeld in het eerste lid uit te voeren. De op basis van het eerste lid aangenomen besluiten:

1° zijn beperkt tot de duur die noodzakelijk is om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te bestrijden en te voorkomen;

2° worden, onmiddellijk nadat ze zijn aangenomen, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement.

§ 2 – De arts-gezondheidsinspecteur of, op zijn verzoek, de bevoegde burgemeester worden belast met de controle van de naleving van de initiatieven en maatregelen die op grond van paragraaf 1 zijn genomen en beschikken daartoe over de bevoegdheden vermeld in artikel 10.4, § 1."

Art. 2 – Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS